

Beate Landefeld

Wie der Spartakus an der Uni HH entstand

Die Entstehung des Spartakus – Assoziation Marxistischer Studenten in Hamburg war Teil einer Entwicklung auf Bundesebene. Schon sehr früh und lange vor dem Unvereinbarkeitsbeschluss der SPD gab es im SDS eine kleine Minorität von KPD-nahen Sozialisten. So wurden schon 1948 auf Druck der SPD-Spitze, gegen den Widerstand der nordrhein-westfälischen SDS-Gruppen elf vermeintliche KPD-Sympathisanten aus der SDS-Gruppe Münster ausgeschlossen.¹ Mit seinen politischen Zielen, dem Eintreten gegen Restauration, Remilitarisierung und Westbindung, dem antifaschistischen Engagement, seiner Solidarität mit dem antikolonialen Befreiungskampf und der Unterstützung von Forderungen der Gewerkschaften zog der von der SPD formal unabhängige SDS nicht nur studierende Mitglieder und Sympathisanten der SPD an, sondern auch parteilose Studierende und solche, die der KPD nahestanden.

Vor dem Ausschluss des SDS aus der SPD

Inhaltliche Konflikte zwischen SDS und SPD ergaben sich aus dem Festhalten des SDS am NEIN zur Remilitarisierung. Er forderte früh die Anerkennung der Grenze zu Polen und war für direkte Verhandlungen zwischen BRD und DDR. Die SPD war zu dieser Zeit noch für die Grenzen von 1937. Der Algerienkrieg, der US-Krieg in Vietnam, die Unterstützung des Westens für Kolonialverbrechen wie die Ermordung Patrice Lumumbas und Militärputsche gegen linke Regierungen verstärkten im SDS die Kritik am Imperialismus und an der NATO. Auch wollte er die fortschreitende Abkehr der SPD von jeglicher Kapitalismuskritik nicht nachvollziehen. Demgegenüber entwickelte sich der Kurs der SPD in die entgegengesetzte Richtung.

Spätestens bis zur Bundestagswahl 1954 war es der Restauration mittels Spannungen und Kalte-Kriegs-Hysterie gelungen, die Kräfte, die für einen demokratischen Neuanfang standen, in die Defensive zu drängen. Die KPD wurde 1956 verboten. Progressives Engagement wurde verdächtigt, kommunistisch gesteuert zu sein. Die SPD-Führung passte sich mit dem Kurs auf das Godesberger Programm an. Sie verlangte auch vom widerstrebenden SDS den Schwur auf Godesberg. In dieser Zeit bildeten sich drei Strömungen im SDS: eine auf der Linie des SPD-Parteivorstands, eine zentristische, die sich als Opposition innerhalb der SPD verstand und einen Ausschluss des SDS aus der SPD unbedingt vermeiden wollte, und eine linke.

1958-1961 eskalierten die Konflikte des SDS mit der SPD. Mit Oswald Hüller wurde ein linker Sozialist Bundesvorsitzender. Er arbeitete mit der Gruppe um die Studentenzeitschrift *konkret* zusammen, zu der Ulrike Marie Meinhoff, Reinhard Opitz und Klaus Rainer Röhl gehörten, die zu der Zeit KPD-Mitglieder waren. 1959 fand im Januar der „Studentenkongress gegen Atomrüstung“ statt, im Mai ein Kongress „Für Demokratie, gegen Militarismus und Reaktion“, im November die Ausstellung „Unge-sühnte Nazijustiz“. Die SPD-Führung lastete den ihr nicht genehmen Ablauf dieser Veranstaltungen der konkret-Fraktion an und unterstellte eine „SED-Steuerung“.²

¹ Willy Albrecht, Der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS) – Vom parteikonformen Studentenverband zum Repräsentanten der Neuen Linken, Bonn 1994, S. 59f.

² Ebenda, S. 310ff.

Die vom SDS-Bundesvorstand 1959 organisierte Abwahl Oswald Hüllers und der Austritt der Repräsentanten der konkret-Fraktion konnten die SPD-Führung nicht mehr beschwichtigen. Sie begann 1960 den Godesberg-treuen SHB zu unterstützen, der sich aus abgespaltenen ehemaligen SDS-Gruppen rekrutierte. 1961 folgte der Unvereinbarkeitsbeschluss gegen den SDS und seinen Fördererkreis Sozialistischer Bund. Damit wurde der SDS nicht nur formal, sondern real parteiunabhängig.

Nach dem Ausschluss des SDS aus der SPD

Auf der Delegiertenkonferenz 1961 verortete ihn der SDS-Vorsitzende Michael Schumann als „der Bewegung zugehörig, die in England unter dem Namen ‚New Left‘ und in Frankreich als ‚Nouvelle Gauche‘ entstanden ist“.³ Das enthielt die Abgrenzung zu den tradierten Arbeiterparteien. Gleichwohl sah der SDS 1961 in der Arbeiterbewegung noch die entscheidende Kraft sozialen Fortschritts, nur dass nun primär die Gewerkschaften Ansprechpartner waren und nicht mehr die SPD. Dabei konnte sich der SDS auf praktische Kooperationen an einigen Orten stützen, wo SDS-Mitglieder in der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit tätig waren oder es politische Zusammenarbeit mit Gewerkschaften gab. Dagegen hielt der SDS Distanz zu Abspaltungen und Neugründungen links von der SPD, wie zur 1960 gegründeten Vereinigung unabhängiger Sozialisten (VUS) um den Gewerkschafter Viktor Agartz oder zur 1961 gegründeten DFU. Über das Verhältnis zu diesen Gruppierungen wurde im SDS gestritten.

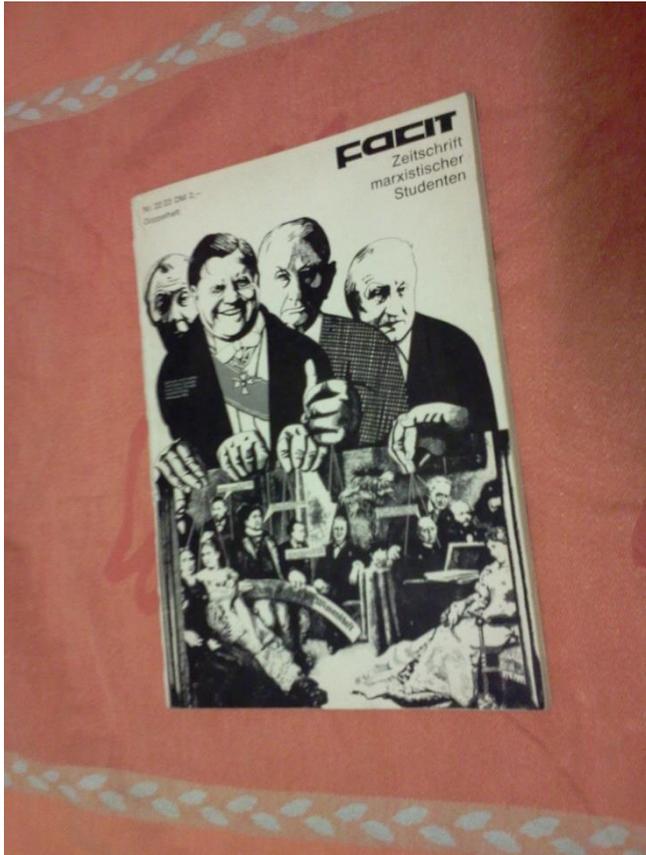
In der Hamburger SDS-Gruppe dominierte um diese Zeit ein Bündnis aus Rechten und Zentristen. Sie hatten im Bundesvorstand das Vorgehen gegen Hüller und die konkret-Gruppe befürwortet. Doch die Hamburger SDS-Gruppe war nach dem Entzug der SPD-Unterstützung (inklusive Verlust des SDS-Büros) für die Gründung eines SHB mehrheitlich nicht zu haben. Monatelanges Tauziehen zwischen Abspaltungswilligen und zur Weiterführung des SDS Entschlossenen endete im Februar 1961 mit der Wahl eines linken Vorstands aus Harri Rusch und dem Kommunisten Peter Gohl. Die Gruppe rief zum ersten Ostermarsch 1961 auf, war antikolonialistisch aktiv (u.a. gegen das Wissmann-Denkmal), setzte eine AG zur Untersuchung der Pressekonzentration ein. Die Wanderausstellung „Ungesühnte Nazijustiz“ kam 1961 nach Hamburg. 1962 nahm der SDS während der Spiegel-Affäre an den Protesten gegen Strauß teil. Im Sommer 1962 hatte er vier Sitze im Studentenparlament.⁴

Streit mit dem SDS-Bundesvorstand gab es wegen der Teilnahme an den Weltfestspielen der Jugend und Studenten in Helsinki 1962, an denen trotz Ablehnung des Bundesvorstands vier Hamburger SDSler als Teil der offiziellen BRD-Delegation teilnahmen. Ein weiterer Streitpunkt war die Zusammenarbeit mit der DFU. Der Bundesvorstand diskutierte 1961 einen Unvereinbarkeitsbeschluss von SDS- und DFU-Mitgliedschaft, während der Hamburger SDS eine parteipolitische Betätigung im Sinne der SDS-Ziele den Mitgliedern freistellte. Im außerparlamentarischen Kampf kam es ohnehin, auch auf Bundesebene, zu Bündnissen aller linken Organisationen. Mit den Ostermärschen, der Anti-Notstands-Bewegung, der Vietnam-Solidarität, dem Kampf gegen die Große Koalition formierte sich von Jahr zu Jahr stärker die APO. Auch der

³ Willy Albrecht, *Der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS) – Vom parteikonformen Studentenverband zum Repräsentanten der Neuen Linken*, Bonn 1994, S. 411ff.

⁴ Allgemeiner Studentenausschuss der Universität Hamburg (Autorenkollektiv), *Das permanente Kolonialinstitut – 50 Jahre Hamburger Universität*, 1969, S. 186-191 und S. 206-221

SHB und der Liberale Studentenbund wirkten hier mit. 1965 kam es zwischen SDS,



SHB und LSD zur „Höchster Vereinbarung“, der sich die Humanistische Studenten Union anschloss. Die „Höchster Verbände“ einigten sich auf gegenseitige Unterstützung bei AStA-Wahlen und im VDS sowie auf die Erarbeitung gemeinsamer hochschulpolitischer Grundsätze. Sie führten 1965 den Kongress „Demokratie vor dem Notstand“ durch.

Ebenfalls im Jahr 1965 gab der SDS Köln die erste Nummer der Zeitschrift *facit – sozialistische Beiträge* heraus. Sie wurde zum Verständigungsorgan der sogenannten „Traditionalisten“ im SDS. So etikettierte der Mehrheitsflügel die mit der KPD sympathisierenden SDSler, aber auch Anhänger der von Wolfgang Abendroth geprägten Marburger Schule. In *Facit* wurden die Grundlagen der späteren Politik des Spartakus diskutiert. Dort schrieben

Gerhard und Elisabeth Bessau, Anne Nigbuhr, H. J. v. Heiseler, Johanna Hundt, Elvira Högemann-Ledwohn, Herbert Lederer, Gunnar Matthiessen, Christof Kievenheim, André Leisewitz, Lothar Peter, Kurt Steinhaus, Michael Maercks, Rolf Geffken, Gerhard Bauß, Fred Schmidt, Jan Priewe, Karlheinz Heinemann, Claus Proft, u.a.

Antiautoritäre Phase, Zerfall des SDS, Gründung des Spartakus – AMS

Ab 1966 ersetzten die Antiautoritären mehr und mehr den zentristischen Mehrheitsflügel des SDS, der seit der Trennung von der SPD auf Bundesebene und nach der Ära Gohl auch wieder in Hamburg dominierend war. Nach dem 2. Juni 1967 bildeten die Antiautoritären die Mehrheit im Verband. Im Aufschwung der Studentenbewegung 1968/69 spielten sie eine führende Rolle. Zu ihrer Bedeutung soll ein Zitat aus der vom AStA der Universität Hamburg 1969 publizierte Jubiläumsschrift *Das permanente Kolonialinstitut – 50 Jahre Universität Hamburg* wiedergegeben werden:

„Die [zentristische] Phase wurde abgelöst durch die antiautoritäre Bewegung, die in München und Berlin ihren Ausgang nahm und verbandsintern die sozialdemokratische Organisation zerschlug (ohne allerdings die sozialdemokratischen Positionen kritisch zu überwinden) und nach außen gerichtet nach einer antiimperialistischen Phase zu oppositionellen Ansätzen in fast allen Bereichen des Ausbildungssektors führte. Dass diese antiautoritäre Revolte die sozialdemokratische Studentenorganisation SDS zerschlug, ohne automatisch zu einer qualitativ neuen sozialistischen Kaderorganisation zu führen, kann ihr nicht als Vorwurf angelastet werden, ebensowenig wie all die Kinderkrankheiten, die mit dieser Keimform einer sozialistischen Organisation verbunden waren. Ihr Verdienst war es, dass nach der Zerschlagung der sozialistischen Organisationen der Arbeiterklasse durch den Faschismus und während

der Restaurationsperiode Notwendigkeit und Möglichkeiten des Klassenkampfes wieder in das Bewusstsein der abhängigen Massen einzudringen begannen.“ (S. 230)

Das Zitat gibt die Stimmung des Übergangs wieder, wie sie 1969 unter sozialistischen Studenten in Hamburg nicht selten war. Man ließ die antiautoritäre Phase hinter sich. Diverse Schulungen und die Organisationsdebatte hatten begonnen. Parallel erfolgte auf der Bundesebene die Abspaltung der Assoziation Marxistischer Studenten vom SDS. Vorausgegangen war der Ausschluss von fünf „Traditionalisten“ auf der 23. Bundesdelegiertenkonferenz des SDS im September 1968 unter dem Vorwand von Auseinandersetzungen während der Weltjugendfestspiele in Sofia im Juli 1968.⁵ SDS-Gruppen überwiegend aus NRW gründeten im Januar 1969 bei Bonn die bundesweite Assoziation Marxistischer Studenten – Spartakus.

Auch in Hamburg erschien die Grundsatzerklärung des Spartakus – AMS im Frühjahr 1969 als 4-seitiges Flugblatt und Nr. 1 einer Reihe *Rote Blätter*. Die Erklärung konstatierte, die Studentenbewegung habe einen Punkt erreicht, an dem eine Reihe von theoretischen Differenzen „unmittelbar praxisrelevant“ geworden seien und scharfe Gegensätze auslösten. Es folgten knappe Thesen zu den Fragen:

- Gibt es heute noch eine revolutionäre Klasse?
- Braucht man heute noch zum Kampf eine revolutionäre Partei der Arbeiterklasse, eine kommunistische Partei?
- Nach welchen Kriterien wählen wir die Mittel im Kampf gegen die Herrschenden?
- Welches ist das Verhältnis von theoretischem und praktischem Kampf?
- In welchem Verhältnis steht der Kampf der Arbeiterklasse in den kapitalistischen Ländern zum Kampf der nationalen Befreiungsbewegungen in der „Dritten Welt“ und zur Rolle der sozialistischen Länder?

Ihr Verhältnis zur existierenden Studentenbewegung umschrieb die AMS mit dem Verweis auf wichtige politische Aufgaben, die Marxisten in einer Bewegung zu erfüllen hätten, die in ihrem Grundcharakter antiimperialistisch sei, auch wenn sie in einigen der obigen Fragen falsche oder unklare Positionen vertrete. Um in der Bewegung nicht aufzugehen, sondern ihre weiterführenden Positionen zu fördern, müssten sie sich eigenständig organisieren. Das diene zum einen der Rekrutierung und Qualifizierung von Teilen der Intelligenz als sozialistische Kader zur Unterstützung der Arbeiterbewegung. Zum anderen sei Interessenvertretung der Intelligenz umso notwendiger, je mehr diese nicht mehr nur Bündnispartner der Arbeiterklasse sei, sondern zu einem Teil der Arbeiterklasse werde, der innerhalb der Arbeiterbewegung und nicht gegen sie seine spezifischen Interessen zu formulieren und zu vertreten habe.⁶

Erste Schritte des Spartakus in Hamburg

Auf der letzten Seite der Grundsatzerklärung waren Kontaktanschriften des Spartakus – AMS von 17 Hochschulorten angegeben. Für Hamburg war Henning Feige als Anlaufadresse benannt. Auf einem weiteren zentralen Spartakus-Flugblatt zur

⁵ SDS-Korrespondenz, Dokumente der XXIII. Ordentlichen Delegiertenkonferenz des SDS, 12.-18. September 1968, Frankfurt/Main, 1968, S. 28-33; Persönliche Erklärung Herbert Lederers auf der 23. DK, in: G. Amendt /H. Lederer /W. Lefèvre /S. Lehndorff u. a., *Der 2. Juni 1967 und die Studentenbewegung heute*, Dortmund 1977, S. 139-143

⁶ Grundsatzerklärung des Spartakus – AMS, in: *Facit 17-1969*, S. 26ff.

Einschätzung der Bundestagswahl 1969, das im Oktober als *Rote Blätter* 3 erschien, war für Hamburg Heiner Ahrens, Sohn des bekannten Hamburger Kommunisten Franz Ahrens, als Kontakt angegeben. Peter Badekow lud Anfang 1970 während des Streiks gegen den NC, der vom Pädagogischen Institut ausging, mit einem Flugblatt zu monatlichen öffentlichen Treffen der DKP-Hochschulgruppe ein. Er war zuvor im SDS aktiv, 1967 noch im Vorstand der Hamburger Gruppe, und als Kommunist bekannt. 1969 bis Anfang 1970 lag die Initiative für die Bildung einer Spartakusgruppe in HH primär bei Studierenden, die aus dem kommunistischen Milieu kamen.

Im Bundestagswahlkampf 1969 stießen studentische Unterstützer der Aktion demokratischer Fortschritt hinzu. Am Wahlbündnis ADF waren DFU, DKP und bekannte Persönlichkeiten beteiligt. Spitzenkandidat war der Marburger Soziologe Werner Hofmann, ein Mitbegründer des 1968 gebildeten Bunds demokratischer Wissenschaftler. Unterstützerguppen für die ADF gab es an der Hamburger Uni u.a. im Bereich Jura und im Phil-Turm. Zudem schlossen sich 1970 in wachsendem Maße Angehörige von Basisgruppen, Studienkollektiven und Aktive aus Fachschaftsräten dem Spartakus an. Parallel neigte der Arbeiterbund, eine Abspaltung des SALZ, zur DKP, was die studentischen Sympathisanten des Arbeiterbunds zum AMS-Eintritt bewog.

Solche Mitgliederzugänge diversen Ursprungs reichten, um mit eigenen Kandidatinnen und Kandidaten der AMS zur SP-Wahl im Sommersemester 1970 anzutreten. Direkt ins SP kamen Spartakusmitglieder bei diesem ersten Anlauf nicht. Sie besetzten obere Plätze der Reserveliste und ein Teil rückte im Lauf des Jahres nach. Den AStA der Universität Hamburg stellte zu dieser Zeit das „Linkskartell“ aus den Höchster Verbänden SDS, SHB, LSD und HSU, die nach der SP-Wahl im Wintersemester 1968/69 den bis dahin rechten AStA abgelöst hatten und die linke Mehrheit im Sommersemester 1969 und im Wintersemester 1969/70 ausbauen konnten.

Im März 1970 verkündete der SDS auf Bundesebene seine Auflösung. Zu den letzten „Taten“ des SDS-Bundesvorstands gehörte der Versuch, den Verband deutscher Studentenschaften zu liquidieren. Auf der 21. Mitgliederversammlung des VDS, die Mitte November 1969 in Hamburg stattfand, erklärte der SDS-BV, das Ziel einer Umwandlung des VDS zur sozialistischen Kampforganisation sei illusionär. Im Anschluss traten mehrere SDS-dominierte ASten großer Hochschulen aus dem Dachverband aus. SHB-ASten bewirkten daraufhin, unterstützt durch Spartakus – AMS, die Einsetzung eines Notvorstands. Sie geißelten die Liquidierung des bundesweiten Zusammenschlusses der ASten als Hilfsdienst für die Pläne der Reaktion, die Verfasste Studentenschaft abzuschaffen. Gegen die VDS-Liquidierung trat auch der gastgebende Hamburger Linkskartell-AStA auf, in dem der SDS vertreten war.⁷

SHB und Spartakus stellen den Uni-AStA

Erst bei seiner zweiten Kandidatur im Wintersemester 1970/71 erreichte Spartakus – AMS einen deutlichen Erfolg. Von den 38 zu vergebenden Sitzen gingen 10 an den Spartakus, 14 an den SHB, 11 an Basisgruppen. Zudem rückten einige Spartakus-Kandidatinnen des SS 1970 nach. Es wurde ein AStA aus SHB, Spartakus und einer Wahlgemeinschaft der Mediziner und Sprachwissenschaftler gebildet. Der RCDS war

⁷ Dem Notvorstand des VDS gehörte Wolfgang Lieb, damals SHB, an. Er verfasste auf seinem *Blog der Republik* eine [ausführliche Schilderung der Vorgänge auf und nach der 21. MV des VDS bis zur Rekonstruktion und Konsolidierung des VDS als überregionale studentische Interessenvertretung.](#)

zur SP-Wahl nicht mehr angetreten.⁸ Die CDU-nahen Studentenverbände traten inzwischen für die Abschaffung der Verfassten Studentenschaft und ihre Ersetzung durch die studentischen Vertreter der mit dem Hochschulgesetz neu eingeführten Gremien der akademischen Selbstverwaltung ein. Das entsprach in Hamburg dem Konzil. Die erste Konzilswahl im Juli 1969 hatten alle linken Gruppen boykottiert. Bei der zweiten im Juli 1970 siegte das AStA-Linkskartell. An den Konzilswahlen beteiligten sich erheblich weniger Studierende als an den SP-Wahlen. Auch daran zeigte sich die größere Identifikation der Studenten mit der Verfassten Studentenschaft.

Mit Streiks und Institutsbesetzungen hatten die Studenten bis ins Frühjahr 1969 die „technokratische Hochschulreform“ bekämpft, die die Hochschulen im Interesse des Monopolkapitals effektivieren sollte. Die Verabschiedung des Hamburger Hochschulgesetzes schuf neue Kampfbedingungen. Die Macht der Ordinarien war moderat eingeschränkt, der Einfluss von Staat und „Wirtschaft“ wuchs. Für kurze Zeit konnten die Professoren mit einer Mehrheit aus Studenten, Assistenten, technischem und Verwaltungspersonal überstimmt werden. Der „Bund Freiheit der Wissenschaft“ machte dagegen mobil und sorgte bald für ein gesetzliches Roll Back. Die Uni Hamburg wählte 1970 gegen die Stimmen der Professoren den Theologen Peter Fischer-Appelt, Mitbegründer der Bundesassistentenkonferenz, zum Präsidenten.

In den Fachbereichen stand die Studienreform auf der Tagesordnung. Teile des demokratischen Potentials der Hochschule, auch viele Studenten, brannten darauf, teils schon erarbeitete Alternativen einzubringen. Es gab Reformillusionen. Sinnvoll war Gremienarbeit, wenn Öffentlichkeit hergestellt wurde und sie sich auf den Massenkampf stützen konnte. Unvermindert galt es, die vom Staat forcierten Bestrebungen reaktionärer Formierung, wie NC, Prüfungsordnungen, kurze Regelstudienzeiten, Ordnungsrecht und Angriffe auf die Verfasste Studentenschaft abzuwehren. Solche Vorstöße seitens des Senats wurden regelmäßig mit oft Fachbereichs-übergreifenden, aktiven Streiks beantwortet, während derer die Studenten über Lehrinhalte für eine spätere demokratische Berufspraxis diskutierten. Dazu kam der jahrelange, bundesweite Kampf gegen das Hochschulrahmengesetz und immer wieder Aktionen für die materielle Ausstattung der Hochschulen und für mehr Ausbildungsförderung.

Bundesweit festigte sich im VDS die Aktionseinheit von SHB und Spartakus. Beide gingen davon aus, dass mit der wissenschaftlich-technischen Revolution sich die soziale Lage des größeren Teils der Angehörigen der Intelligenz an die Lage der Arbeiterklasse annäherte. Schon im Studium müsse die Masse der Studierenden ihre eigenen Interessen an der Seite der Arbeiterklasse und der Gewerkschaften gegen das Monopolkapital durchsetzen. Die Organe der Verfassten Studentenschaft seien zu gewerkschaftsähnlichen Instrumenten des studentischen Massenkampfs zu entwickeln, ihr politisches Mandat zu verteidigen. Denn dasselbe Monopolkapital, das die reaktionäre Hochschulformierung antrieb, war auch Motor und Hauptprofiteur des Imperialismus und Neokolonialismus. Die Veränderung der Kräfteverhältnisse zu Lasten der Monopole, mit dem Ziel der Einschränkung und letztlichen Überwindung ihrer Macht war das gemeinsame Interesse der Emanzipationsbewegungen weltweit.

⁸ Antwort des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft auf eine Kleine Anfrage der Abgeordneten Rollmann, Wohlrabe, Hussing, Dr. Martin und Genossen zur Situation an den Hochschulen vom 3.8.1971, Deutscher Bundestag, 6. Wahlperiode, Drucksache VI-2495

Mitgliederzuwachs, Berufsverbote

1970 wurden durch das Fachhochschulgesetz sechs höhere Fachschulen und vier Ingenieurschulen zur Fachhochschule Hamburg zusammengefasst. Auch hier bildeten sich Gruppen des Spartakus. Ein gemeinsames Flugblatt zur Ankündigung einer Veranstaltung mit dem DKP-Theoretiker Willi Gerns gaben Mitte Mai 1971 vier AMS-Gruppen heraus: eine Uni-Gruppe, eine Fachhochschulgruppe, eine HWP-Gruppe und eine Gruppe der HfBK. Später kam noch eine Gruppe der Hochschule für Musik hinzu. Am 22. Mai 1971 gründete die bis dahin lockere Assoziation Marxistischer Studenten auf einem Bundeskongress in Bonn den Marxistischen Studentenbund Spartakus. Der MSB Spartakus existierte 20 Jahre und erreichte auf seinem Höhepunkt gegen Ende der 1970er Jahre bundesweit etwa 6500 Mitglieder. Neben Marburg und Münster war Hamburg mit zeitweise etwa 600 Mitgliedern eine seiner Hochburgen.

An der Uni HH praktizierten SHB und Spartakus ab 1970/71 in vielen Fachschaftsräten und im AStA zusammen mit Unorganisierten das Konzept der gewerkschaftlichen Orientierung des studentischen Massenkampfs. Im Studentenparlament gab es etwa zwei Jahrzehnte lang eine Mehrheit für diese Politik. Seit Ende der 1970er Jahre bestand der AStA aus MSB Spartakus, SHB und JuSo-Hochschulgruppe. Die damalige Hamburger JuSo-Hochschulgruppe, die wie der SHB zum Stamokap-Flügel der JuSos gehörte, stand hinter dem Konzept der gewerkschaftlichen Orientierung. Rechte Kräfte liefen gegen die Aktionseinheit Sturm. CDU, Springerpresse und Bund Freiheit der Wissenschaft hetzten gegen „Volksfronten an den Hochschulen“. Zugleich stand die SPD wegen der Ostpolitik unter dem Beschuss der Rechtskräfte.



Demonstration gegen die Berufsverbote am 27.01.1972 in HH – Foto: Heinz Hollmann

Direkt nach der Unterzeichnung des Moskauer Vertrags durch die Regierung Brandt leitete der Hamburger

Senat mit dem berüchtigten „Radikalenerlass“ offiziell die Politik der Berufsverbote ein. Im Januar 1972 dehnte eine Innenministerkonferenz den Beschluss auf die BRD aus. Die SPD hielt es für nötig, „zu dokumentieren, dass außenpolitische

Realpolitik, d. h., Verständigung mit dem Osten, keinesfalls identisch mit einem besseren inneren Verhältnis zu Kommunisten sei.“ So interpretiert es der Politikwissenschaftler Thränhardt.⁹ Dazu passte, dass die SPD inzwischen auch dem SHB jede finanzielle Unterstützung verweigerte und ihm 1972 verbot, sich „sozialdemokratisch“ zu nennen. Der SHB teilte das Schicksal seines Vorläufers SDS.

Gegen die Berufsverbote entstand bald eine Bewegung im In- und Ausland. Im Januar 1972 informierte der AStA der Uni Hamburg auf einem Seminar von VDS und Internationalem Studentenbund ISB die Studentenvertreter aus 40 Ländern und Befreiungsbewegungen über die Berufsverbote in der BRD. In Frankreich sprachen sich Konservative wie Alfred Grosser gegen die Berufsverbote aus. Die Kommunisten und Sozialisten Frankreichs legten 1972 ein gemeinsames Programm vor. Francois Mitterand persönlich war 1976 Mitbegründer des französischen Komitees gegen die Berufsverbote in der BRD. Organisationen der Resistance protestierten Jahrzehnte lang. In der Bundesrepublik gab es immer wieder zentrale und dezentrale Aktionen gegen die Berufsverbote, die sich meist an Fällen entzündeten und im Einzelfall manchmal Erfolg hatten. Ab 1985 begann die Front der Länderregierungen zu bröckeln, zuerst im Saarland. 1991 stellte Bayern die Regelanfrage beim Verfassungsschutz ein. Für Rehabilitation und Entschädigung kämpfen Betroffene bis heute.¹⁰

Misstrauensantrag gegen die Regierung Brandt/Scheel



Diskussion auf einer VDS-MV, am Mikrophon Beate Landefeld, im Präsidium Tissy Bruhns

Auf VDS-Ebene bemühten sich die gewerkschaftlich-orientierten Verbände, eine politische Plattform für die Kooperation mit den JuSo-Hochschulgruppen, dem LHV und der (in sich heterogenen) Basisgruppenfraktion zu finden. Das war ein konfliktreicher Prozess. So blockierte auf der 24. VDS-MV im März 1972 ein buntscheckiges Bündnis aus JuSo-Asten (Saarbrücken, Köln), dem rechten AStA der TU Clausthal, dem FDP-AStA der PH Münster, vom SHB abgespaltenen SHB/SF-Asten und der von Vorläufergruppen des aufkommenden KBW dominierten Basisgruppenfraktion die Verabschiedung einer politischen Plattform. Vor allem die Forderung nach Ratifizierung der Ostverträge lehnten die KBW-Vorläufer ab. Die MV wurde durch den Auszug der SHB/MSB-Asten abgebrochen und erst im Mai mit Ergebnissen fortgesetzt.

⁹ Dietrich Tränhardt: *Geschichte der Bundesrepublik Deutschland 1949–1990*. edition suhrkamp, Frankfurt am Main 1996, S. 205f.

¹⁰ Vgl.: [Zehntausende Mitglieder – über 1000 Berufsverbote](#)

Die von der Regierung Brandt/Scheel geschlossenen Ostverträge stießen auf wütende Ablehnung der CDU/CSU und der revanchistischen Vertriebenenverbände, insbesondere der Vertrag mit Polen, der faktisch die Oder-Neiße-Grenze akzeptierte und damit die sogenannten „deutschen Ostgebiete“ aufgab. Vor der Ratifizierung der Verträge im Bundestag liefen Abgeordnete der FDP und ein Vertriebenenfunktionär der SPD zur CDU-Fraktion über oder erklärten, im Fall eines Misstrauensvotums für den Sturz der Regierung zu stimmen. Der Misstrauensantrag wurde für den 24. April 1972 angekündigt. An den Tagen davor herrschte in der Bevölkerung, die mit großer Mehrheit für eine bessere Nachbarschaft mit dem Osten war, gespannte Aufmerksamkeit. So kam auch Uni-Präsident Fischer-Appelt am Tag vor der Abstimmung in den AStA und fragte: „Was machen wir jetzt?“ Wir vereinbarten die Anmietung von TV-Geräten für alle Foyers, um die Bundestagsdebatte zu übertragen.

Am 24.4. versammelten sich die an der Uni eintreffenden Studenten vor den TV-Geräten in den Foyers, danach im Audimax. Parallel gab es im Hafen eine Versammlung der Hafentarbeiter. Es wurde ein Kontakt hergestellt und man beschloss eine gemeinsame Demonstration. 20 000 Hafentarbeiter und Studenten nahmen teil. Auf der Kundgebung sprachen der Betriebsratsvorsitzende des Hafens und der Unipräsident. In anderen Städten geschah Ähnliches. Es war einer der wenigen Momente, wo das von uns proklamierte Bündnis von Arbeiterklasse und Studenten sich tatsächlich einmal materialisierte. Diese politischen Vorgänge gaben auch der Aktionseinheit im VDS einen gewissen Schub. Die im März abgebrochene 24. VDS-MV wurde im Mai fortgesetzt. Eine politische Plattform mit den JuSo-Hochschulgruppen kam zustande. JuSos und SHB/SF konnten den Friedenskampf nicht länger vernachlässigen.

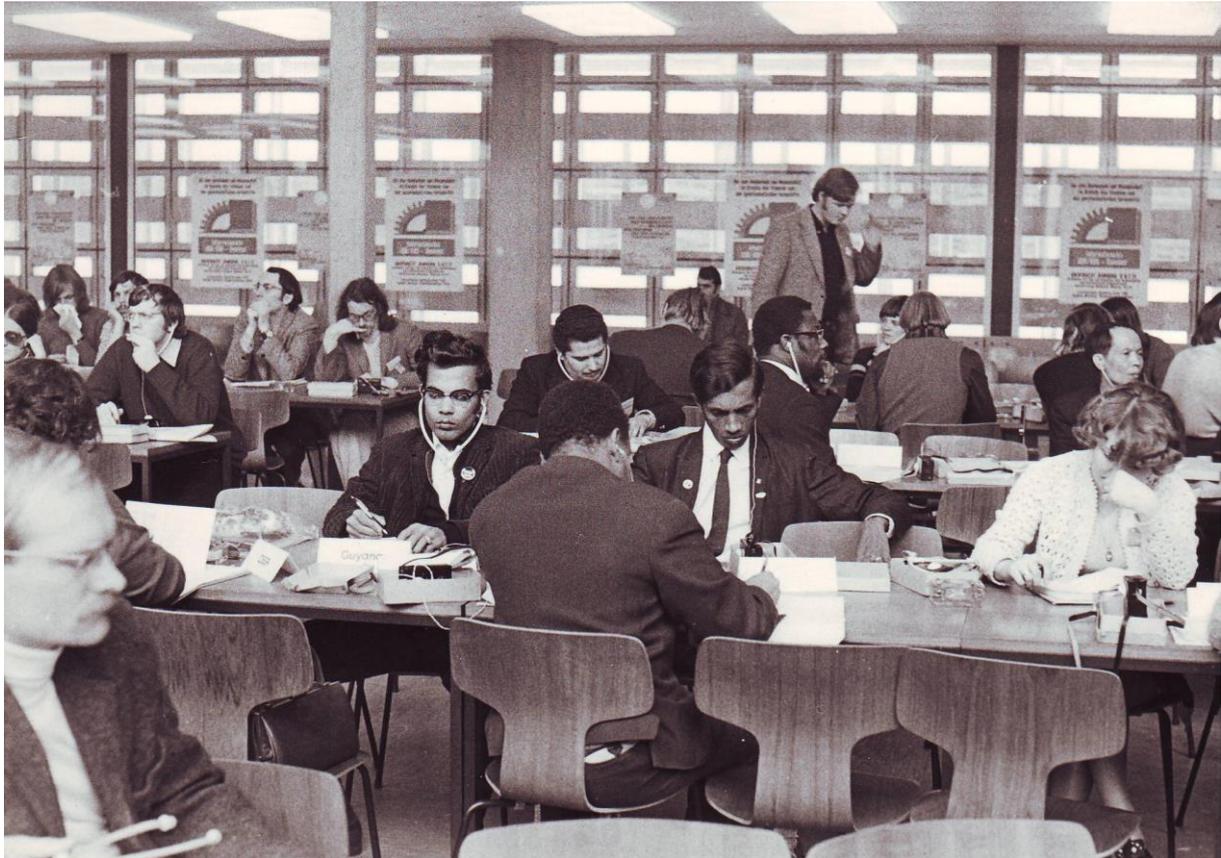
Das Verbot von GUPS und GUPA

Anfang September 1972 begannen die Olympischen Spiele in München. Am 5.9. verübte die Terrororganisation *Schwarzer September* ein Attentat auf die israelische Mannschaft. Ein Versuch der bayerischen Polizei, die Geiseln zu befreien, endete in einer Schießerei mit 17 Toten (11 Geiseln, 5 Terroristen und 1 Polizist). In den Tagen nach dem Anschlag des 5.9.1972 und der fehlgeschlagenen Befreiung der Geiseln wurden die Generalunion palästinensischer Studenten (GUPS) und die Generalunion palästinensischer Arbeiter (GUPA) verboten. Eine Welle von Ausweisungen und Verhaftungen gegen in der BRD lebende Araber, insbesondere gegen Palästinenser begann. Ein Auslandsreferent des AStA der Universität Hamburg war GUPS-Mitglied. Während der AStA gerade ein Seminar zur Vorbereitung des Wintersemesters durchführte, stieß er die Tür auf und rief: „Ihr müsst mir helfen!“ Er war auf der Flucht.

Allen war klar, dass die pauschalen Verdächtigungen, Verfolgungen und Verhaftungen nicht auf Ermittlungen basierten, sondern politisch motiviert waren. Es ging dem deutschen Staat um eine politische Kompensation für mangelhafte Sicherheitsvorkehrungen und das opferreiche Fehlschlagen der gewaltsamen Geiselbefreiung.

Der AStA informierte umgehend die auf dem Campus anwesenden Studenten. Bereits am nächsten Tag fand eine Demonstration der Solidarität mit GUPS und GUPA statt. Mittags kam in den Nachrichten die Meldung, die Regierung der DDR habe sich bereit erklärt, den in der Bundesrepublik verfolgten palästinensischen Studenten ein Weiterstudium in der DDR zu ermöglichen. Um diese Zeit hatte ein MSB-Genosse den Auslandsreferenten des AStA längst über die Grenze gebracht. Ich traf ihn im

Sommer 1973 auf den X. Weltfestspielen der Jugend und Studenten in Berlin/DDR. Am Rande einer Kundgebung erzählte er vom disziplinierten Studieren in der DDR.



Das gemeinsame Seminar des VDS und des ISB im Januar 1972 an der Uni Hamburg

Wie man sieht, enthielt die kurze „Reformära“ unter Willy Brandt am Ende der 1960er und Anfang der 1970er Jahre, von der viele Sozialdemokraten heute noch nostalgisch träumen, von Beginn an jede Menge repressive Elemente, sobald Herrschaftsinteressen des Monopolkapitals berührt waren. Dennoch wurden in dieser Zeit zugleich Konzepte entwickelt, die sich heute wie konkrete Utopien lesen, wie etwa das Ziel eines einheitlichen, durchlässigen Bildungswesens von der Vorschule, über die Gesamtschule bis zur Gesamthochschule, das Arbeiterkindern durch besondere Förderung Chancen bieten sollte, mit Kindern aus den traditionellen Bildungsschichten mithalten. Die kreative Aufbruchsstimmung währte nicht lange. In den Ländern verteidigte die CDU/CSU das Bildungsprivileg mit Zähnen und Klauen, um die traditionellen Mittelschichten auch künftig an ihre monopolkapitalistische Politik zu binden.

Nach der Krise 1974/75

Mit der Krise 1974/75 änderten sich die Kampfbedingungen grundlegend. Der materielle Spielraum für Zugeständnisse der Herrschenden wurde enger. Unter Helmut Schmidt regierte im Bildungsbereich der Rotstift. Zwar verdreifachten sich gemäß den Erfordernissen der Wirtschaft von 1970 bis 1983 die Studentenzahlen, aber dies sollte möglichst wenig kosten. Für die Studentenbewegung trat die Abwehr von Verschlechterungen in den Vordergrund. Im Januar 1974 folgten 40000 dem Aufruf des VDS zu einem Sternmarsch nach Bonn gegen BAföG-Kürzungen. Anlässlich der Zusammenlegung von VDS und SVI (Studentenverband der Ingenieurstudenten) sprachen sich im Januar 1975 in einer Urabstimmung 120000 Studierende für die

gesetzliche Verankerung der Verfassten Studentenschaft mit politischem Mandat aus. Zu einem Sternmarsch für mehr BAföG im Juni 1975 in Dortmund riefen zunächst 50 gewerkschaftlich-orientierte, am Ende 90 ASten auf, 36000 Studenten kamen. Im VDS hatte es für die Aktion keine Mehrheit gegeben. Der bürgerliche Blätterwald spekulierte über eine „Tendenzwende“ nach rechts und die JuSo-Hochschulgruppen wollten ein „Semester des Nachdenkens“ einlegen. In einem Klima der Unsicherheit und Skepsis an den Hochschulen verliefen die Mobilisierungen zäh.

Doch die zähen Sternmärsche bereiteten einen neuen Aufschwung vor. Im Wintersemester 1975/76 rief der Vorstand der Vereinigten deutschen Studentenschaften (aus SVI und altem VDS) einstimmig zu bundesweiten Aktionstagen gegen die Hochschulreformierung auf. 1976 fanden landesweite Streiks gegen das Hochschulrahmengesetz statt. An dem im HRG vorgesehenen Zweitstudienverbot entzündete sich ein bundesweiter Streik der Fachhochschüler. Darauf folgte der erste nationale Studentenstreik im Wintersemester 1977/78. Zehn Jahre nach 1967 meldeten bürgerliche Medien die Ankunft einer „neuen Studentenbewegung“. Doch anders als 1967 gab es im Lager der Bourgeoisie diesmal keine Fraktion, die diese Bewegung für einen technokratischen „Reformschub“ im eigenen Interesse nutzen wollte. Die Forderungen wurden ignoriert. Teils unterstellte man Universitäten eine Nähe zum Terrorismus.¹¹



Titel der Roten Blätter 11-1973 vor dem BAföG-Sternmarsch 1974 in Bonn

1982 wollte Kohl, die „geistig-moralische Wende“ erreichen und den Geist von 1968 vertreiben. Auf der anderen

Seite warfen die neuen sozialen Bewegungen neue Fragen auf. Die AKW-Frage, die ökologische Krise, Minderheitenrechte und die Frauenunterdrückung wurden verstärkt thematisiert. Einige sprachen von einer Krise des Marxismus, der diese Fragen vernachlässigt habe. Bisher linke Teile der akademischen Mittelschichten begannen, die „alte soziale Frage“, den ungelösten Gegensatz von Arbeit und Kapital, als obsolet anzusehen. Die Arbeiterbewegung kämpfte um die 35-Stunden-Woche. Sie

¹¹ Vgl.: B. Landefeld /H. Lederer /S. Lehdorff, Der Streik – Lehren aus dem ersten nationalen Studentenstreik Wintersemester 1977/78, Dortmund 1978, S. 28f.

erreichte einen Kompromiss, der zwar Arbeitszeitverkürzung brachte, aber zugleich die Tür für Flexibilisierungen öffnete. Der Zusammenbruch der UdSSR und der sozialistischen Länder Europas schwächte alle Linken nachhaltig. Die Herrschenden nutzten die Abwicklung und Deindustrialisierung der DDR für eine massive Welle der Prekarisierung, die die Spaltungen unter den Lohnabhängigen vertiefte. Zu den sozialen Spaltungen unter den abhängigen Klassen und Schichten traten kulturelle hinzu.

Zum Verschwinden des MSB Spartakus

Das amtliche Narrativ lautet, der MSB Spartakus habe sich aufgelöst, weil nach dem Zusammenbruch der DDR kein Geld mehr aus dem Osten geflossen sei. Nach dieser Logik hätten sich DKP oder SDAJ ebenfalls auflösen müssen, taten es aber nicht. Sie verloren die meisten ihrer Mitglieder, wovon sie sich bis heute nicht erholt haben, aber sie arbeiten weiter. Gewiss brach mit dem Abgang der sozialistischen Länder auch eine Vorstellung von der Welt in sich zusammen. An eine Linearität oder gar Unumkehrbarkeit des historischen Fortschritts glauben heute auch orthodoxe Marxisten nicht mehr, falls sie es je taten. Andererseits wurden Kapitalismus und Imperialismus durch den Wegfall der sozialistischen Länder in Europa um keinen Deut besser. Die Gründe für das Interesse und den Willen, das kapitalistische System zu überwinden, blieben. Damit auch die Notwendigkeit entsprechender Organisationen.

Mir scheint ein Vergleich des Untergangs des MSB Spartakus mit dem Zerfall des SDS aufschlussreicher zu sein. Dabei greife ich auf die These vom „relativen gesellschaftlichen Charakter“ der Studentenbewegung zurück, die der frühere Berliner SDS-ler Wolfgang Lefèvre in dem Buch *Der 2. Juni 1967 und die Studentenbewegung heute* (1977) formulierte. Laut Lefèvre ist keines der konkreten Probleme, um die es der Studentenbewegung geht, durch die Studentenbewegung allein lösbar. Die demokratischen Anliegen der Studenten sind in der Regel nur durchsetzbar auf der Basis eines für die Arbeiterklasse günstigen Kräfteverhältnisses. Als objektiv entscheidende antikapitalistische Kraft vermag die Arbeiterklasse dieses Kräfteverhältnis direkt zu beeinflussen. Von der Studentenbewegung gehen nur Impulse aus.

Da sich die Bewegung der Arbeiterklasse „nicht nach den jeweiligen Erfordernissen des studentischen Kampfes richtet“, ist der „relative gesellschaftliche Charakter“ der Studentenbewegung, so Lefèvre, deren Kernproblem. „Resignation oder Ignorierung dieses objektiven Problems und entsprechende Versuche, die studentische Bewegung als autonomen Inhalt aufzufassen, liegen nur zu nahe.“¹² Die Studentenbewegung 1968/69 sei mit diesem Problem nicht fertig geworden. Als sie ins Stocken kam, „gewannen Kompensationsstrategien die Oberhand“. Als solche Strategien nennt er gleichermaßen die „Organisation der eigenen Bedürfnisse“ wie auch Versuche, „die Revolution auf eigene Faust zu machen“, sei es durch Gründung von K-Gruppen, sei es auf dem Weg der RAF. Autonome Selbstorganisation und kaderförmige Sekte seien dabei zwei Seiten einer Medaille und könnten ineinander umschlagen.

Scheiterte auch der MSB letzten Endes an der Lösung dieses Kernproblems des „relativen gesellschaftlichen Charakters“ der Studentenbewegung? Hauptsächlich. In der Zeit seiner Gründung schienen grundlegende Veränderungen mit dem Ziel der Überwindung des Kapitalismus zwar nicht sofort, aber doch in einer absehbaren Zeit

¹² W. Lefèvre, Wird die „neue“ Studentenbewegung die alte sein? In: G. Amendt /H. Lederer /W. Lefèvre /S. Lehndorff u.a., *Der 2. Juni 1967 und die Studentenbewegung heute*, 1977, S. 14

möglich. Es herrschte Aufbruchsstimmung. „Für die eigenen Interessen kämpfen – mit der Arbeiterklasse verbünden“ erschien eine realistische Strategie für eine antikapitalistische Studentenbewegung. Meinungsforscher sahen noch in den 1980er Jahren an den Hochschulen ein nach links verschobenes Kräfteverhältnis. Damit verbundenen Hoffnungen auf Veränderung stand die Realität Jahrzehnte langen Abwehrkampfes gegen Verschlechterungen entgegen. Das musste auf Dauer frustrieren.

Neue Studentengenerationen, die ihr Studium nach Mitte der 1970er Jahre aufnahmen, kannten nicht die Erfahrung der 1968er, dass manche Dinge sich sprunghaft ändern können. Sie waren nur die stets neuen Schübe von Rechtsentwicklung gewohnt. Sie waren zwar realistisch genug, um nicht erneut Kompensationsstrategien zu verfallen. Doch die Sinnfrage stellte sich. Die Hoffnung auf die gesellschaftsverändernde Rolle der Arbeiterklasse schwand allmählich. Auch die Arbeiterbewegung steckte eine Niederlage nach der anderen ein. Im Strukturwandel verlor sie kämpferische Sektoren, z.B. mit dem Abbau der Stahlindustrie. DDR-Abwicklung, Prekarisierung, Neoliberalismus, das Wiedererstarken des deutschen Imperialismus folgten.

Da erschienen die Grünen, die in den 1980er Jahren noch als links galten, vielen attraktiver. Bei Wahlen zogen sie auf Anhieb an der DKP vorbei, die auf Länderebene nur in Bremen einmal über 3 Prozent gekommen war. Der Hamburger Parteitag der DKP 1986 diskutierte Thesen zu „neuen Fragen“. In den Tagen davor kam es zum Reaktorunglück in Tschernobyl. Der Parteitag zeigte erstmals einen tiefen Riss in der Partei. Von da an nahmen Stagnation, Austritte und Abspaltungen ihren Lauf. Im Bundesvorstand des MSB Spartakus galt schon zu dieser Zeit der Gorbatschowismus als eine Art Wunderwaffe zur Lösung unserer Probleme, während in der DKP eine Mehrheit immer skeptisch blieb. Zu Recht, da es sich, wie die weitere Entwicklung – auch international – zeigte, um eine Ideologie der Selbstauflösung handelte.

Dass der MSB für eine Selbstauflösung anfälliger war als DKP und SDAJ, hat aus meiner Sicht mit dem „relativen gesellschaftlichen Charakter“ der Studentenbewegung zu tun. Der Bundeskongress der SDAJ lehnte 1989 eine von seiner damaligen Bundesvorsitzenden beantragte Selbstauflösung mehrheitlich ab. DKP und SDAJ tun sich angesichts der Jahrzehnte langen Rechtsentwicklung sicherlich schwer, aber sie können halbwegs organisiert wirken. Frühere MSB-Spartakus-Mitglieder stellen in der DKP heute einen beachtlichen Teil der „älteren Generation“.

Ziemlich viele ehemalige MSB-Mitglieder arbeiten heute in der Partei Die Linke mit. Andere sind in der Friedensbewegung, in den Gewerkschaften, in progressiven Wissenschaftlerverbänden oder anderen außerparlamentarischen Bewegungen aktiv. Viele haben sich ganz aus dem politischen Leben zurückgezogen oder verarbeiten ihr eigenes noch. Die wenigsten liefen zu bürgerlichen Parteien über. Das Abrackern über Jahrzehnte war jedenfalls nicht vergebens. Ohne das oft frustrierende Abrackern wäre das demokratische Potential unseres Landes heute schwächer.